

# Im Schulstreit kein Einlenken

## Kosten für Ausbau der Regionalschule gewachsen

m. BODENHEIM In der Diskussion um den Schulausbau der Regionalschule in Nackenheim zur Ganztagschule, legte Bürgermeister Reinhold Stumpf im VG-Rat zwei Abstimmungsvorschläge vor, um eine Entscheidung herbeizuführen. Der Gesamtinvestitionsbedarf sei auf 809 320 Euro angewachsen. Nach Angaben des Architekten waren ursprünglich 614 320 Euro vorgesehen.

Nach einer Sitzungsunterbrechung kam es erneut zu einer kontroversen Diskussion zwischen Fraktionen und Bürgermeister. Der erste Vorschlag, den Stumpf vorlegte, lautete: „Der VG-Rat ist nicht bereit, mehr als 500 000 Euro für den zu errichtenden Anbau zu investieren“. Die Alternative dazu hieß: „Der VG-Rat hat die zwischen der Kostenschätzung von 2003 und derzeitigen Berechnung sowie der in der Entwicklung entstandenen Differenzen in Form von Erhöhungen zur Kenntnis genommen. Es soll trotzdem das mit VG-Beschlüssen vom 1. Juli 2003 und 25. März 2004 beschlossene Konzept mit einer Rettungstreppe realisiert werden.“

Der erste Beschlussvorschlag wirke befremdend, erklärte Marianne Grosse (SPD). Die Behauptung, der 2004 neu gewählte Rat sei nicht mehr bereit, das Projekt zu realisieren, stimme nicht. Es gebe einen Haushaltsansatz dazu, der von den derzeitigen Abgeordneten beschlossen wurde. Wichtig bleibe, die Baugenehmigung zu erhalten.

In der Kostenfrage sei der Rat außen vorgelassen worden, betonte CDU-Sprecher Dr. Matthias Schäfer und bewertete die vorgelegten Beschlüsse als ei-

nen Befreiungsschlag der Verwaltung. Über die gestiegenen Kosten habe der Rat keine Kenntnis erhalten. Die jetzige Kostendiskussion komme nicht aus den Reihen des Parlaments, das über das Geld der Steuerzahler Rechenschaft ablegen müsse.

Wir drehen uns im Kreis, sagte Dr. Willi Kiesewetter. Wenn der an die Verwaltung vorgelegte Fragenkatalog beantwortet vorliege, könnten weitere Entscheidungen getroffen werden. Der Rat habe die Pflicht zu fragen, warum das Projekt so teuer sein soll. Viele Entscheidungen seien ohne Vorlagen getroffen worden. Die Verwaltung müsse sich bemühen, die Baugenehmigung zu erlangen.

Christiane Göth (Grüne) fügte hinzu, die Haushaltsposition bleibe relevant. Allerdings lägen massive Kommunikationsprobleme vor.

Bürgermeister Reinhold Stumpf erklärte in seinen Erwidierungen erklärt, der Rat solle klar sagen, was er wolle. Zu den Kosten habe der Architekt erklärt, in der Planung stehe ein einfacher Bau, dessen Ausgaben nicht zu reduzieren seien. Vieles sei im Ausschuss zur Sprache gekommen. Die offenen Fragen würden zu neunzig Prozent den Küchenbau betreffen. Er wolle wissen, was der Rat in der derzeitigen Planungsphase noch beabsichtige.

Über einen von der Verwaltung gemachten Vorschlag abzustimmen sei überflüssig, da Beschlüsse bereits vorlägen, hob Günter Scholles (SPD) hervor. Wichtig bleibe der Eingang der Baugenehmigung, um die Ausschreibungen auf den Weg zu bringen. Seiner Empfehlung folgten die Abgeordneten einmütig.